

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft  
Bioland Bundesverband  
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland  
Bund Naturschutz Bayern  
Deutscher Naturschutzring  
Deutscher Tierschutzbund  
Naturfreunde Deutschlands  
Naturland Verband  
Naturschutzbund Deutschland  
Neuland Verein  
Stiftung Europäisches Naturerbe (Euronatur)  
Verbraucherzentrale Bundesverband  
WWF Deutschland

An die  
Parteivorsitzenden von  
SPD, CDU, CSU, Bündnis 90/Grüne,  
FDP, PDS

16. Juni 2005

## **Offener Brief der Verbände an die Parteien zur Bundestagswahl 2005**

### **Arbeit und Lebensqualität auf dem Land**

Arbeit und Umwelt sind keine Gegensätze. Das gilt besonders für die Agrarpolitik der Europäischen Union und die Ländliche Entwicklung als zweiter Säule der EU-Agrarpolitik. Die unterzeichnenden Verbände treten daher in einer langjährigen Zusammenarbeit gemeinsam dafür ein, dass ökonomische, soziale, ökologische sowie tierethische Anliegen der Menschen im ländlichen Raum wie der Gesellschaft insgesamt nicht gegeneinander ausgespielt, sondern in den notwendigen Einklang gebracht werden.

Im Rahmen der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) ist es den Verbänden gelungen, hierfür wichtige Akzente zu setzen, die in den Vorschlägen der EU-Kommission, in den Beschlüssen des Rates und des Parlaments sowie bei der nationalen Umsetzung der EU-Agrarreform Eingang gefunden haben.

Nun steht auf der europäischen Bühne insbesondere die Finanzplanung für die Jahre 2007 bis 2013 an. Diese finanzielle Vorausschau wird wesentlichen Einfluss darauf haben, ob Europa den integrativen Ansatz der ländlichen Wirtschaftsentwicklung als der zweiten Säule der EU-Agrarpolitik stärkt oder aber ihm durch Mittelentzug den gemeinschaftlichen Boden entzieht und die Entwicklung der ländlichen Regionen der Finanzkraft und der Handlungsbereitschaft einzelner Mitgliedstaaten überlässt.

Neben der Zukunft der EU-Politik für die ländliche Wirtschaftsentwicklung stehen weitere Aufgaben auf der agrar- und umweltpolitischen Agenda der nächsten Zeit.

Die unterzeichnenden Verbände haben daher großes Interesse an einem intensiven Austausch mit den Parteien, welche Ziele sie für eine eventuelle Beteiligung an der aus der vorgezogenen Bundestagswahl 2005 hervorgehenden Bundesregierung haben. Mit der vorliegenden Plattform wollen die Verbände gleichzeitig deutlich machen, welche Erwartungen sie an die kommende Bundesregierung haben.

## Arbeit und Umwelt im ländlichen Raum

Die zweite Säule der EU-Agrarpolitik (Ländliche Entwicklung) ist *das* Instrument der EU, um auf dem Land wirtschaftliche Entwicklung anzustoßen und damit die Wertschöpfung innerhalb der Landwirtschaft und um sie herum zu vertiefen. Die erste Säule der Agrarpolitik mit ihren bislang nicht wirksam an qualitative Kriterien gebundenen Direktzahlungen umfasst zwar weit mehr Finanzmittel, setzt aber keinerlei Impulse zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

Gleichzeitig beinhaltet die Ländliche Entwicklung die gezielte Unterstützung für Wirtschaftsweisen, auf die die Vielfalt und Eigentümlichkeit der Kulturlandschaften angewiesen sind (Agrarumweltmaßnahmen) oder die besonders tiergerechte Haltungsformen beinhalten (z.B. Weide- oder Auslaufhaltung).

Die EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel hat die Ländliche Entwicklung daher zu einem „Herzstück der Lissabon-Strategie“ erklärt.

Im Rahmen der finanziellen Vorausschau der EU ist in dem von der Kommission vorgelegten Vorschlag allerdings kein Ausbau der zweiten Säule, sondern die Beibehaltung des status quo eingeplant. Bisherige Kompromissvorschläge der EU-Ratspräsidentschaft sehen sogar erhebliche Kürzungen der zweiten Säule vor, während die erste Säule weitgehend unangestastet bleiben soll. Kürzungen im Agrarbereich drohen somit ausgerechnet den zukunfts-trächtigen Pfad der Agrarpolitik zu treffen, wo vielmehr eine Stärkung geboten ist.

Die Verbände fordern, die Ländliche Entwicklung zu einer wirklichen Säule der EU-Agrarpolitik auszubauen. Ein Vorschlag dazu ist, das Instrument der Kofinanzierung (EU und nationale Beteiligung), das in anderen EU-Finanzfonds und in der zweiten Säule praktiziert wird, auch in der ersten Säule anzuwenden. Damit könnten insgesamt im Agrarbereich mehr EU-Mittel für die Ländliche Entwicklung reserviert werden, ohne den Nettozahlern neue Lasten aufzubürden. Eine stärkere Umwidmung von Mitteln der ersten Säule in die zweite Säule durch eine stärkere Anbindung der Zahlungen an soziale und ökologische Kriterien (Modulation) ist zusätzlich angezeigt, um einer Finanznot in der zweiten Säule vorzubeugen.

Um das Konfliktpotenzial zwischen Naturschutz und Landwirtschaft im Rahmen der Umsetzung der FFH- und Vogelschutzrichtlinie zu entschärfen, fordern die Verbände, auf EU-Ebene ausreichend Mittel für einen FFH-Ausgleich vorzusehen. Bund und Länder werden aufgefordert, den Ausgleich in der nationalen Strategie zur Ländlichen Entwicklung bzw. in den landeseigenen Entwicklungsprogrammen explizit aufzunehmen.

Wir fragen die Parteien:

- Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Kommissionsvorschlag für die Ländliche Entwicklung zumindest gehalten wird, so dass eventuell notwendige Einsparungen nicht zu Lasten dieses zukunftsfähigen Politikbereiches gehen?
- Werden Sie sich für einen finanziellen und inhaltlichen Ausbau der Ländlichen Entwicklung zu einer starken zweiten Säule der EU-Agrarpolitik und gegen eine Kürzung derselben einsetzen?

- Wie stehen Sie zu dem mittlerweile parteiübergreifend aufgenommenen Vorschlag der Kofinanzierung auch in der ersten Säule der EU-Agrarpolitik?
- Werden Sie sich im Rahmen der finanziellen Vorausschau der EU dafür einsetzen, dass ein zweckgebundener Etatposten für NATURA 2000-Ausgleichszahlungen an die Landwirte geschaffen wird?

## **Transferzahlungen brauchen gesellschaftliche Akzeptanz**

Wie alle staatlichen Transferzahlungen brauchen auch die Zahlungen im Agrarbereich eine breite gesellschaftlich akzeptierte Begründung. Das bedeutet heute mehr denn je, dass die Direktzahlungen an den sozialen Faktor Arbeit zu binden sind. Auch bei den entkoppelten Zahlungen ist das bislang jedoch unterblieben.

Ein Beispiel: In rationalisierten Ackerbaubetrieben werden heute von einer Arbeitskraft problemlos 400 Hektar bewirtschaftet. Für diese Fläche erhält der Betrieb bei rund 300 Euro entkoppelter Prämie insgesamt 120.000 Euro. Bäuerliche Betriebe in Deutschland – unabhängig von ihrer Größe – erhalten dagegen nur ein Zehntel davon pro Arbeitskraft. Das ist eine Wettbewerbsverzerrung für Betriebe, die Arbeitsplätze erhalten oder gar neue schaffen.

Das Problem wird dadurch verschärft, dass die Direktzahlungen selbst dann gewährt werden, wenn die Fläche nicht mehr bewirtschaftet, sondern im Extremfall nur alle paar Jahre einmal gemulcht wird (Aufwuchs zerkleinern und auf der Fläche belassen), was auch ökologisch kontraproduktiv ist. Direktzahlungen sind nicht ausreichend gesellschaftlich legitimiert, wenn die Einhaltung bestehender Gesetze und ein Minimalaufwand zum Erhalt der vollen Zahlungen führen kann.

Auch die anderen ökologischen Kriterien, an die die Direktzahlungen im Zuge der jüngsten EU-Agrarreform gebunden wurden (Cross Compliance), bringen zwar viel Bürokratie und Kontrollaufwand mit sich, werden aber für die Umwelt und den Tierschutz nur wenig Verbesserungen bringen, sind also ökologisch und für das Wohl der Tiere kaum wirksam.

Wir fragen die Parteien:

- Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Direktzahlungen an die im Betrieb geleistete Arbeit gebunden und damit sozial qualifiziert werden?
- Wie werden Sie erreichen, dass die Direktzahlungen gesellschaftlich akzeptabler gestaltet werden?

## **Umweltwirkungen der Landwirtschaft weiter verbessern**

Bäuerliche Landwirtschaft hat die Kulturlandschaften Mitteleuropas geschaffen, die den Bewohnern der ländlichen Räume ebenso wie denen der Städte ans Herz gewachsen sind. Verschiedene Entwicklungen in den letzten Jahrzehnten haben bestimmte Formen der

Landwirtschaft mit erheblichen negativen Wirkungen auf die Umweltmedien Boden, Wasser und Luft sowie auf die Biodiversität hervorgebracht.

Die Verbände fordern daher, mit der Landwirtschaft Wege zu gehen, die die Umweltwirkungen der Landwirtschaft verbessern und auf den Teilerfolgen der letzten Jahre aufbauen.

Der ökologische Landbau ist geeignet, der öffentlichen Aufgabe des Ressourcenschutzes und dem Schutz des Naturhaushaltes im besonderen Maße zu dienen. Zudem schafft er Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Die Marktpotenziale sowohl in Deutschland als auch in Europa sind bei weitem noch nicht ausgeschöpft.

Wir fragen die Parteien:

- Welche Maßnahmen wollen Sie anbieten und ergreifen, um den Nährstoffüberschuss aus der Landwirtschaft deutlich zu reduzieren (insbesondere den Stickstoff-Überschuss)?
- Wie werden Sie das vom Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft und der Agrarministerkonferenz von Bund und Ländern verabschiedete Reduktionsprogramm Chemischer Pflanzenschutz umsetzen und dabei auch die Bundesländer in die Pflicht nehmen (Beratung, Kontrolle)?
- Welchen Stellenwert wird der ökologische Landbau in Ihrer Agrarpolitik einnehmen? Mit welchen Maßnahmen werden Sie die Weiterentwicklung des ökologischen Landbaus fördern und entsprechende Hemmnisse beseitigen?
- Welche Finanzierungsgrundlage sehen Sie vor für die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie?

## **Die Wünsche der Verbraucher ernst nehmen**

Die Abschaffung der Käfighaltung von Legehennen ist ein zentrales Anliegen der Verbraucherinnen und Verbraucher. Die Verbände haben daher den Beschluss von Bundesrat und Bundestag begrüßt, die Käfighaltung von Legehennen ab 2007 zu untersagen.

Ebenso lehnen die Verbraucherinnen und Verbraucher wie auch die Landwirte mehrheitlich die Anwendung der Agro-Gentechnik ab. Auch diejenigen, die in dieser Technologie Chancen sehen, wollen sichergestellt sehen, dass eine herkömmliche (gentechnikfreie) Landwirtschaft daraus keine Nachteile erfährt. Die Verbände haben daher den Schutzstatus, den die herkömmliche Landwirtschaft im Gentechnikgesetz erhalten hat, als notwendige Grundlage hervorgehoben.

Wir fragen die Parteien:

- Wollen Sie das Verbot der Käfighaltung von Legehennen rückgängig machen?
- Für welche Verbesserungen der Haltungsbedingungen anderer Nutztierarten, insbesondere Schweine und Puten, werden Sie sich einsetzen?

- Wie wollen Sie sicherstellen, dass die Haftung für eventuelle Schäden (einschließlich zusätzlicher Kosten) durch Anwendung der Agro-Gentechnik auf keinen Fall den herkömmlich wirtschaftenden Bauern und Bäuerinnen und auch nicht den Verbrauchern und Steuerzahlern aufgebürdet werden, sondern von den Gentechnik-Firmen und den Anwendern zu tragen sind?
- Wie wollen Sie sicherstellen, dass die politisch versprochene Wahlfreiheit für Landwirte und Verbraucher, die gänzlich auf Gentechnik verzichten wollen, erhalten bleibt und auch ökologisch sensible Gebiete frei von gentechnisch veränderten Organismen bleiben?
- Wie wollen Sie erreichen, dass der Aufwand für die Sicherung einer gentechnikfreien Produktion den Verursachern des Aufwandes – also den Nutzern dieser Technologie – zugeordnet wird, damit den Verbrauchern, die Produkte ohne Gentechnik kaufen wollen, kein Mehrpreis entsteht?

## **Landwirtschaft als Energielieferant**

Die Landwirtschaft hat in den letzten Jahren mit der Nutzung der regenerativen Energien ein neues Einkommensfeld erschlossen. Die Potenziale der Biomassenutzung sind noch längst nicht erschöpft. Zu verdanken ist das nicht nur steigenden Mineralöl- und Gaspreisen, sondern vor allem dem Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG), das der energetischen Nutzung einen wirtschaftlichen Rahmen sichert. Viele landwirtschaftliche Betriebe haben sich dadurch ein neues Standbein aufbauen können und neue Wertschöpfung (einschließlich Handwerk) in die ländlichen Regionen holen können.

Wir fragen die Parteien:

- Wie wollen Sie die Potenziale der nachwachsenden Rohstoffe für Umwelt und Wertschöpfung im ländlichen Raum ausbauen?
- Welche Anreize wollen Sie schaffen, damit das EEG vor allem dezentralen Anlagen (Biogas, Pflanzenöl) und einer vielfältigen Fruchtfolge (statt einseitiger Ausrichtung auf Mais und Raps) zu Gute kommt?

## **Wertschätzung drückt sich auch in Preisen aus**

Eine bäuerliche Landwirtschaft, die Umwelt und Tierwohl ernst nimmt und auf die gesellschaftlichen Anliegen an eine qualitativ hochwertige Lebensmittelerzeugung eingeht, hat ihren Preis.

Die Praxis von Handelskonzernen, einen Konkurrenzkampf über einen Preiskampf auf dem Rücken der Erzeuger zu führen, lehnen die Verbände daher ab. Die Verbände fordern den Gesetzgeber auf, den Schutz der Lieferanten etwa vor dem Verkauf unter Einstandspreis zu verbessern sowie Maßnahmen zur Kontrolle von Konzentration und Machtmissbräuchen im Lebensmittelhandel zu ergreifen, u.a. durch Änderung des Wettbewerbsrechts. Die geltende

Rechtslage, nach der gegen kurzfristige Werbeaktionen unterhalb des Einstandspreises keine wirksame rechtliche Handhabe besteht, muss aufgehoben werden.

Dem Preisdruck bei Milchprodukten ist darüber hinaus zu begegnen, indem die Ausweitung der Milchquoten in der EU um 1,5 Prozent ab 2006, wie in der Agrarreform von 2003 beschlossen, zurückgenommen oder zumindest faktisch ausgesetzt wird, denn eine Ausweitung würde die bestehende Überschusssituation noch verstärken.

Ebenso wichtig ist es, dass staatliche Zahlungen nicht die Betriebe in Vorteil bringen, die auf eine möglichst billige Produktion ausgerichtet sind und dank staatlicher Zahlungen in die Lage versetzt werden, die Produkte unter einem Preisniveau anzubieten, das in bäuerlichen Betrieben eine nachhaltige Erzeugung nicht mehr bezahlt. Auch das ist ein Grund, die staatlichen Zahlungen an wirksame soziale und ökologische Kriterien zu binden.

Die Regionalvermarktung bietet die Chance, Wertschöpfungsketten aufzubauen, welche landwirtschaftlichen und Handwerksbetrieben Einkommensperspektiven bieten.

Wir fragen die Parteien:

- Wie werden Sie der Wertvernichtung durch Billigpreise für Lebensmittel Einhalt gebieten? Welche wettbewerbsrechtlichen Änderungen sehen Sie vor?
- Wie wollen Sie die Regionalvermarktung unterstützen?

## **Überschüsse abbauen - Preise stabilisieren und Entwicklung fördern**

Noch immer produziert die EU-Landwirtschaft Überschüsse vor allem an Milch und Zucker. Die Überschüsse werden mit Hilfe von Exporterstattungen exportiert auf Kosten der Umwelt und auf Kosten der Einkommen von Erzeugern in den Zielländern. Ein Datum für das Ende der Exportsubventionen, darunter solche für quälereisiche Lebendtiertransporte, ist nicht festgelegt.

Wir fragen die Parteien:

- Welche Maßnahmen befürwortet Ihre Partei, um einen konsequenten Abbau subventionierter Überschüsse zu erreichen?
- Welches Datum sieht Ihre Partei für ein Ende der Exportsubventionen vor?

---

### Kontakt:

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)  
Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm/Westfalen  
Tel.: 02381-9053-170, Jasper@abl-ev.de

Stiftung Europäisches Naturerbe (Euronatur)  
Grabenstr. 23, 53359 Rheinbach/Bonn  
Tel.: 02226-2045, Lutz.Ribbe@euronatur.org